

DIE ZWEITE REPUBLIK
ÖSTERREICH UND IHRE
BESONDERHEITEN

DIE ZWEITE
REPUBLIK
ÖSTERREICH

böhlau

LOTHAR HÖBELT

Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien
der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg

Herausgegeben von Robert Kriechbaumer · Franz Schausberger · Hubert Weinberger

Band 76



Lothar Höbelt

Die Zweite Republik Österreich und ihre Besonderheiten

BÖHLAU VERLAG WIEN · KÖLN · WEIMAR

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2020 by Böhlau Verlag Ges.m.b.H & Co. KG, Wien, Zeltgasse 1, A-1080 Wien
Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Einbandgestaltung: Michael Haderer, Wien
Satz: Michael Rauscher, Wien

Vandenhoeck & Ruprecht Verlage | www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com

ISBN 978-3-205-21159-4

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	7
I. DIE RESTAURATION DER REPUBLIK	11
Desannexion und Wiedervereinigung	11
»Keep the Americans in«: Der Übergang zum Kalten Krieg	16
Der »geheime Verbündete« des Westens	20
Der »Raab-Bischoff«-Kurs	27
Fünf Schuss oder gar 20? Das Bundesheer	33
»In der Neutralität verhungern?« Österreich und die EWG	39
II. DIE »ENTNAZIFIZIERUNG«	45
Befreit und besiegt: Die Österreicher und die Wehrmacht	45
»Reinigende Tat – vernünftige Politik«: Das Verbotsgesetz 1945 und die NSDAP	49
Das ungeliebte NS-Gesetz: »Antikapitalistische Note« und »kulturelle Gegenreformation«	58
»Vergangenheitsbewältigung«: »Tempora mutantur«, nicht »maxima culpa« .	63
Radikalisierung oder Sturm im Wasserglas? BHJ, Borodajkewycz und Burger	73
III. RESTITUTION	79
»Dogmatisch diffizile Fragen«: Rückstellung und Sammelstellen	79
Zwangsarbeiter und Sammelklagen: Das Washingtoner Abkommen	86
IV. DIE PARTEIEN	91
Untergrund und Zufallsgenerator	91
Der Sieg der »Rechten«: Die SPÖ	97
Bauerneinheit und Länderfront: Die ÖVP	104
Katholizismus und Solidarismus	109
Die Bünde und die Achse Figl–Raab	113
Drittes Lager und vierte Partei	120
Raab und die Wende 1952/53	123
Vom VdU zur FPÖ	130
V. POLITIK UND ÖKONOMIE	137
Die Misere der Kommandowirtschaft am Lande	137
Von der Währungsreform zum Marshallplan	142

Der Raab-Kamitz-Kurs und die Grenzen der Marktwirtschaft	148
Sicherheit für den »kleinen Mann«: Wohnungen und Pensionen	156
VI. DIE VERSTAATLICHTE	163
Die Ära Krauland: Die herrenlosen Höhen der Wirtschaft	163
Das »Königreich Waldbrunner« und die Grenzen der Verstaatlichung	170
VII. »SPONTE SUA, SINE LEGE«: DIE SOZIALPARTNERSCHAFT	179
Reichstreuhand Nummer 2: Hilfspolizist der (Nach-)Kriegswirtschaft	179
Der Raab-Böhm-Kurs: »Ziffernspione« und Koalitionersatz	183
VIII. »REFORMER« ANTE PORTAS	192
Aufsteiger und Absteiger: Der Strukturwandel	192
Der Raab'sche Nachfolgekrieg	198
Gorbachs »vittoria mutilata« und die »Causa Habsburg«	204
Sieg und Niederlage der »Reformer« 1963/64	211
Die »nicht beabsichtigte« Alleinregierung Klaus	222
IX. DAS ZEITALTER DES »SONNENKÖNIGS«	231
Der unerwartete Triumph Brunos II.	231
Das Chamäleon und der Zeitgeist	238
»Tausende Arbeitslose – Milliarden Schulden«:	
Kreisky, Keynes und Androsch	248
»Wenn wir uns das nicht trauen«:	
Schubumkehr innerhalb der Opposition?	257
Kreiskys Erbe und der Abschied der Kriegsgeneration	262
X. DIE »ZWEIEINHALBTE REPUBLIK«	271
QUELLEN- UND LITERATURVERZEICHNIS	282
ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	309
PERSONENREGISTER	311

Vorwort

»Ja, sie verstehen nichts von Politik, aber wollen alles besser wissen.«¹
Julius Raab über Universitätsprofessoren (und Offiziere), 1955

»Alles Unglück kommt vom Reden«, hat Josef Joham, als Generaldirektor der Creditanstalt ein politisch-wirtschaftlicher Überlebenskünstler der Ersten und Zweiten Republik (und des »Dritten Reiches«) als sein Vermächtnis hinterlassen.² Politiker haben mehr denn je Grund, sich diesen Rat zu Herzen zu nehmen; Historiker dagegen können nur hoffen, dass sie es nicht tun – oder dass sie zwar vielleicht nicht viel reden, aber viel aufschreiben. Wie man im Zeitalter des Mobiltelefon- und Internetgeschnatters einmal Entscheidungsfindungsprozesse rekonstruieren soll, bleibt einem altmodischen Historiker schleierhaft. Man darf diese Frage an der Schwelle des Pensionsalters vielleicht getrost den Enkeln überlassen, die es angeblich besser ausfechten ...

Wer sich hingegen mit der Zweiten Republik beschäftigt, mit den vierziger bis achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts, darf sich über einen »embarras de richesse« freuen, über ein Paradies von Protokollen und Gesprächsnotizen, die in dieser Dichte ihresgleichen suchen und bislang nur zu einem kleinen Teil ausgewertet worden sind. Die bürokratischen Manierismen der tragenden Parteien machen sich da bezahlt, von den Klubprotokollen der ÖVP bis zu den Erinnerungsvermerken der SPÖ-Spitzenpolitiker, die gehalten waren, über alle Gespräche mit politischen »Mitbewerbern« pflichtschuldigst Bericht zu erstatten. Man schrieb noch Briefe, ja zuweilen selbst Tagebücher, von den Notizen Schärfs, die Gertrude Enderle-Burcel zu edieren begonnen hat, bis hin zu den 13.000 Seiten, die Josef Staribacher über seine Zeit als Handelsminister hinterlassen hat. Reizvoll ist immer wieder auch die Gegenüberstellung der schriftlichen Überlieferung mit der Erinnerung der Zeitzeugen, die wohlgemerkt beide einer quellenkritischen Würdigung bedürfen: Unser Gedächtnis spielt uns manchen Streich – doch auch manche Protokolle werden nachträglich geschönt, stellen immer nur einen Ausschnitt dar.

Was den geneigten Leser erwartet, stellt keineswegs das Resultat einer abschließenden, enzyklopädischen Erfassung all dieser reichhaltigen Quellenbestände dar, schon gar nicht ein Zeitgemälde, nicht einmal ein Aquarell. Karl Schranz und Herbert von Karajan wird man auf den folgenden Seiten leider vergeblich suchen. Auch die Welt der Medien, von »Staberl« bis zu »Autofahrer unterwegs«, steht dabei nicht

¹ Zitiert bei Stadler, Schärf 463.

² Treichl, Fast ein Jahrhundert 242.

im Vordergrund. Es geht vielmehr darum, das »window of opportunity« zu nützen und anhand von Primärquellen die Besonderheiten, die Alleinstellungsmerkmale dieser Zweiten Republik zu beleuchten, die sie von den Entwicklungen im restlichen (West-)Europa unterscheiden: den neutralen Status, die spezifische Problematik von »Entnazifizierung« und Restitution, die Verstaatlichte und die Sozialpartnerschaft, das alles vor dem Hintergrund der Parteien, die kaum anderswo eine so allgegenwärtige Rolle gespielt haben.

Wie immer man die Rolle der Alliierten auch beurteilt, für den Historiker erwiesen sich die Besatzungsmächte als großer Glücksfall. Die Gründungsgeschichte der Zweiten Republik ist lange Zeit vornehmlich aufgrund angelsächsischer Quellen geschrieben worden. In einem ersten Durchgang sollen auch hier zuerst jene Aspekte skizziert werden, die primär auf auswärtige Impulse zurückgehen: Der Weg zum Staatsvertrag, die schüchterne »Remilitarisierung« Österreichs, die »Entnazifizierung« – die in dieser Form von den Österreichern so nie betrieben worden wäre – und die Peripetien der Restitution, die sich ebenfalls nur mit Blick auf die Haltung der USA erschließen.

In einem zweiten Durchgang soll der Schwerpunkt mehr auf die hausgemachten Besonderheiten gelegt werden, die großen Parteien, ihr Mit- und Gegeneinander, das Verhältnis von Politik und Ökonomie, mit seinen *Austriaca*, dem Verstaatlichtensektor, der sich lange Zeit als erstaunlich stabil und resistent erwies, und der viel beschworenen Sozialpartnerschaft, die ihren Charakter und ihre Funktion immer wieder chamäleonhaft änderte. Die Zweite Republik hatte in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre zu ihrer Form gefunden: Das Jahr 1957, mit dem Ende der Verteilungskonflikte über USIA, Öl und AUA, der Gründung der Paritätischen Kommission und dem Ende der informellen Achse zwischen Raab und VdU/FPÖ, bietet sich hier als Zäsur an.

Die Geschichte des nächsten Vierteljahrhunderts war eine von »Reformern« und Reformansätzen, die für allerlei dramatische Wendungen an der politischen Oberfläche sorgten, an der Substanz aber nicht allzu viel (zu) verändern (ver)mochten. Die Darstellung kann sich ab den siebziger Jahren hier vielfach auf das beeindruckende Oeuvre von Robert Kriechbaumer beziehen. Erst im Zeichen der Rückkehr zur »Großen Koalition« ab 1986/87 begann eine radikale Transformation, die viele der Spezifika der Zweiten Republik auf den Aussterbeetat setzte, und aus dem »Sonderfall« Österreich ein viel normaleres Land machte. Die geänderten Umweltbedingungen zwangen auch die Parteien zu einer »halben Drehung«, hin zu einer politischen Landschaft, die sich in ihrem ambivalenten Verhältnis von Kontinuität und Wandel vielleicht am besten als »zweieinhalbte Republik« einordnen lässt.

Die Gründungsphase der Zweiten Republik wird gewöhnlich mit den Persönlichkeiten Karl Renners und Leopold Figls assoziiert, dem Wiederholungstäter als »Republikgründer« und seinem »lieben Augustin«. Beide waren 1945 zweifellos die

sprichwörtlichen richtigen Leute am richtigen Ort. Es tut ihren Verdiensten keinen Abbruch, wenn man darauf hinweist, dass die eigentlichen Gründerväter der Zweiten Republik, im Sinne eines prägenden und nachhaltigen Einflusses auf ihre Strukturen, ihre beiden »Hintermänner« waren, Julius Raab und Adolf Schärf. Als »fromm und menschenverachtend« den einen, als »ewigen Musterschüler« den anderen, so hat sie ein (wirklich) sehr geschätzter Kollege mit dem leichten Schaudern des ehemaligen Achtundsechzigers charakterisiert.³

Wer sich mit der Zweiten Republik beschäftigt, kann sich in manchen Bereichen auf eine reichhaltige Literatur stützen – zu Außenpolitik und Besatzungsmächten einerseits (Gerald Stourzh, Michael Gehler, Günther Bischof, Manfred Rauchensteiner), zur Wirtschaftspolitik andererseits (Hans Seidel, Felix Butschek, Roman Sandgruber, Dieter Stiefel, Kurt Tweraser, Fritz Weber). Die Geschichte der Parteien und ihrer führenden Persönlichkeiten leidet nach wie vor unter einem gewissen hagiographischen Vorbehalt, der insbesondere interne Auseinandersetzungen höchst diskret behandeln wissen möchte (von gelegentlichen, leider auch wieder ziemlich eindimensionalen Polemiken von »muckrakers« wie Dieter Binder oder Wilhelm Svoboda abgesehen). Eine Ausnahme bilden mit Ludwig Reichhold und Kurt Piringer zwei Journalisten, die ihre »Insider-Kenntnisse« zu sehr anregenden Darstellungen verarbeitet haben.

Zeitgeschichte lebt nicht zuletzt vom Austausch mit den handelnden Personen selbst. Mir war das Glück vergönnt, mit vielen der Politiker, die in diesem Buch eine Rolle spielen, noch selbst sprechen zu können, gepaart mit dem Bedauern, das sich beim Schreiben immer öfter einstellte, nicht noch mehr nachgefragt zu haben, solange dafür noch Zeit war: Alexander Götz, Leopold Gratz, Willfried Gredler, Karl Gruber, Hubert Hofeneder, Hans Iglar, Herbert Krejci, Alois Mock, Franz Olah, Friedrich Peter, Karl Pisa, Wolfgang Schmitz, Graf Ernst Strachwitz, Heinrich Treichl und Kurt Waldheim. Zeit für Hintergrundgespräche opferten während der Arbeit an diesem Buch dankenswerterweise Hannes Androsch, Erhard Busek, Friedhelm Frischenschlager, Evelyn Gratz-Tauschitz, Andreas Khol, Helmut Krünes, Edith Mock, Hans Pusch, Wolfgang Schüssel, Norbert Steger, Günther Steinbach und Rudolf Streicher.

Für ihre Unterstützung bei meinen Recherchen stehe ich in der Schuld von Helmut Wohnout, Rudolf Jerabek, Pia Wallnig, Zdislawa Röhsner und Roman Eccher im Österreichischen Staatsarchiv, Cornelia Sulzbacher und Wilhelm Wadl im Oberösterreichischen bzw. Kärntner Landesarchiv, Hannes Schöner vom Karl von Vogelsang-Institut, Maria Mesner und Maria Steiner vom Kreisky-Archiv, Harald Tersch im Institut für Geschichte, Robert Kaller im Institut für Zeitgeschichte, Herrn Generalsekretär Christoph Neumayer und Paul Rachler in der Industriel-

3 Hanisch, Langer Schatten 140, 447

lenvereinigung, Leo Zauner von den Oberösterreichischen Nachrichten. Wertvolle weiterführende Hinweise verdanke ich Susanne Bauda, Grete Klingenstein, Corinna Mayerl von SORA, Peter Fitl, Michael Gehler, Martin Haidinger, Klaus Henning, Stefan Karner, Josef Leidenfrost, Maximilian Obauer, Thomas Reichl, Markus Reissner, Gerald Sammer von der ÖVP-Niederösterreich, Gemeindesekretär Andreas Schrattnner aus Schwarzenberg, Josef Stöckler, Michael Wladika und Ulrich Zellenberg. Dieses Buch in bewährter Weise unter ihre Fittiche genommen haben Robert Kriechbaumer und die Haslauer-Stiftung.

Für die Erlaubnis zur Benützung der Nachlässe von Karl Waldbrunner und Heinrich Drimmel bin ich Herrn Vizekanzler a. D. Dr. Hannes Androsch und Kollegen Manfred Rauchensteiner zu besonderem Dank verpflichtet.

Gewidmet sei dieses Buch dem Gedächtnis meiner drei alten Freunde Karl Gruber, Franz Olah und Friedrich Peter, »Säulen des Establishments«, die mit ihren Erfolgen und Misserfolgen die Zweite Republik mitgeprägt haben – und die doch schon zu ihrer Zeit nie hundertprozentig »politisch korrekt« waren, auch wenn dieser Ausdruck damals noch nicht so geläufig war.

Lothar Höbelt, Wien/Pardubitz im Jänner 2020

I. Die Restauration der Republik

»Ich habe immer betont und wiederhole es hier, daß ich die Berufung Dr. Renners durch die Russen für eine Schicksalsfügung des Himmels halte.«¹

Julius Raab, 1. Februar 1955

DESANNEXION UND WIEDERVEREINIGUNG

Es war gewissermaßen eine Selbstverständlichkeit, dass die Republik Österreich 1945 wiedererstanden ist – freilich eine jener Selbstverständlichkeiten, die bei genauerem Hinsehen vielleicht doch nicht ganz so selbstverständlich waren. Selbstverständlich, weil die Alliierten natürlich kein Interesse daran haben konnten, Österreich beim Deutschen Reich zu belassen. Darauf konnte man sich schnell einigen – weshalb die Moskauer Erklärung über die Wiederherstellung Österreichs im November 1943 von den Alliierten denn auch als Ergebnis einer Konferenz veröffentlicht wurde, bei der man sich auf kaum sonst etwas einigen konnte. Dahinter verbarg sich immer noch ein gewisser Dissens. In England hätten viele Österreich gerne als Sprungbrett für eine Donaukonföderation gesehen, die besser imstande wäre, deutschen oder russischen Expansionsabsichten Paroli zu bieten. Doch die Sowjets rochen den Braten und legten sich quer; die Amerikaner, sprich: Roosevelt (und das State Department) aber waren an Österreich – damals – noch ziemlich uninteressiert. Der US-Präsident konnte Ende 1944 von seinen Militärs mit Mühe gerade noch zur Übernahme einer Besatzungszone in Österreich überredet werden.²

Es blieb also bei der Restauration der Republik, der Rückgängigmachung der Annexion von 1938. Wenn sich die Alliierten schon auf nichts anderes einigen konnten, dann blieb immer noch die Gefahr, dass Österreich an ihrer Uneinigkeit scheitern würde. Zwar erwies sich die Uneinigkeit der Sieger für die Besiegten in der Regel als Vorteil – von der BRD über Japan bis nach Italien (weniger für Ungarn, Slowaken und Rumänen) –, aber sie rückte eine Teilung des Landes in den Bereich des immerhin Möglichen, so wie es in Deutschland dann tatsächlich der Fall war. Da kam der Alpenrepublik ihre geographische Lage zur Hilfe. Österreich ließ sich später gerne als Brücke zwischen West und Ost feiern. Als der eigentliche Glücksfall erwies sich hingegen, dass es eine Barriere zwischen Nord und Süd darstellte – ein neutrales

1 KvVI, Klub 1.2.1955.

2 Rauchensteiner, Sonderfall 19, 27; vgl. auch Eisterer, Besatzungspolitik 190; Pirker, Subversion 179 f., 194, 208 ff., 290 f.

Österreich bildete zusammen mit der Schweiz einen Keil zwischen Deutschland und Italien, zwischen dem, was später als die Nord- und die Südflanke der NATO ausgemalt wurde.

Die sowjetische Besatzungszone in Österreich, vom Burgenland bis zum Mühlviertel, verfügte zwar über Erdöl (was alle Beteiligten faszinierte), aber sie war strategisch nicht allzu bedeutsam. Allenfalls als Vorwand für die Stationierung russischer Truppen in Ungarn und Rumänien hatte sie eine Zeit lang einen gewissen argumentativen Wert. Die Sowjets erklärten den österreichischen Kommunisten daher 1947/48 auch in aller Offenheit, dass sie an einer Mini-DDR zwischen March und Enns kein Interesse hätten.³ Auch die Amerikaner erkannten, dass die Russen – bei all den Übergriffen, die ihnen zur Last gelegt wurden – immer noch viel weniger taten, als möglich gewesen wäre, um ihre Zone dauerhaft in die Hand zu bekommen.⁴ Angesichts dieser Ausgangslage war der Umkehrschluss nicht völlig von der Hand zu weisen, dass eine Teilung Österreichs für die Westmächte vielleicht attraktiv erschien – ebenso wenig wie die Gefahr auszuschließen war, dass sie einfach auf aufgrund widriger Umstände zustande kam, als politischer Kollateralschaden einer Eskalation, die keiner geplant hatte.

Julius Raab hat kurz vor Abschluss des Staatsvertrages seinen Parteifreunden gestanden: »Ich habe immer betont und wiederhole es hier, dass ich die Berufung Dr. Renners durch die Russen für eine Schicksalsfügung des Himmels halte.«⁵ Vielleicht erwies sich die kurios-beiläufige Betrauung Renners mit der Bildung einer österreichischen Regierung – als *Deus ex Machina* – noch einige Wochen vor Kriegsende tatsächlich als jener Faktor, der Österreich im Vergleich zu Deutschland den entscheidenden »Vorsprung an Staatlichkeit« verschaffte. Renner war einfach zur richtigen Zeit am richtigen Ort. Ob Stalin tatsächlich bereits nach ihm fahnden ließ – oder ob es sich dabei um eine nachträgliche Legendenbildung handelt –, ist umstritten; doch jedenfalls reagierte er interessiert, als Renner sich am 3. April in Köttlach bei Gloggnitz bei der 103. Gardeschützen-Division meldete. Binnen zwei Wochen erhielt der Staatskanzler von 1918 den Auftrag, erneut als Republikgründer in Erscheinung zu treten – auf die Gefahr hin, für die Westmächte zunächst einmal als russische Marionette zu gelten.⁶

Renners provisorische Regierung ging am 27. April ans Werk, auch wenn sich ihr Einzugsbereich zunächst kaum über denjenigen der 3. Ukrainischen Front hinaus erstreckte. Sie war nach dem Proporz zusammengesetzt: Sozialisten, ÖVP und Kom-

3 Feichtinger, Länderkonferenzen 182; Ruggenthaler, Sowjetische Österreichpolitik 671; Müller, »Verpasste Chance« 97; Rathkolb, Paradoxe Republik 35; Mugrauer, Politik der KPÖ 46.

4 Wagnleitner (Hg.), Herz 344 ff. (8.3.1948).

5 KvVI, Klub 1.2.1955.

6 Mueller, Besatzung 75 ff., 216.

munisten waren in gleicher Stärke vertreten. Die Parteiführer Schärf, Figl und Koplenig bildeten einen »inneren Kabinettsrat«. Diese »Dreifaltigkeitsformel« sollte auf allen Ebenen gelten, auch in den Ländern und Gemeinden. Die Vorarlberger klagten später einmal, sie hätten für diesen Zweck verzweifelt einen Kommunisten gesucht, denn bei ihnen habe es keinen gegeben. Die Sowjets griffen bei der Einsetzung von Bürgermeistern in ihrer Besatzungszone gerne auf Kommunisten zurück. In manchen ländlichen Gemeinden Niederösterreichs, so heißt es, meldete sich ein Kandidat einfach freiwillig als Kommunist.⁷

Über den tatsächlichen Anhang der KPÖ konnte man vor den ersten Wahlen nur spekulieren. Aber die Kommunisten sahen sich immer öfter einer geschlossenen Front aus SPÖ und ÖVP gegenüber. Üblicherweise gilt im Kabinett das Einstimmigkeitsprinzip, doch Renner verzichtete bewusst auf eine formelle Geschäftsordnung. Zwar habe jede Partei ein Vetorecht, aber letztendlich läge es an ihm, eine Entscheidung zu treffen.⁸ Als ein KP-Staatssekretär dieses Vorgehen für einen »Dreh« erklärte und Einspruch erhob, fragte ihn der Staatskanzler bloß: »Und welche Konsequenzen ziehen Sie daraus?« Er werde sich nicht »herstellen [...] mich in Einzelheiten einzulassen: Die Sitzung ist geschlossen.« Der Bluff war von Erfolg gekrönt; die Kommunisten wagten es nicht, ihre Demission zu geben.⁹

Die Westmächte – und die westlichen Bundesländer – erkannten die Regierung Renner im Sommer 1945 trotz so mancher Bedenken schließlich doch noch an. Zwar war ihnen der kommunistische Innenminister Honner ein Dorn im Auge; dafür wurde der Tiroler Landeshauptmann Karl Gruber – der von den Amerikanern als Schlüsselfigur gegen Renner aufgebaut wurde – dem Staatskanzler als Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten zugeteilt.¹⁰ Vor allem aber: Es sollten sobald wie möglich, noch 1945, Wahlen abgehalten und die Karten neu gemischt werden. Bei diesen Wahlen am 25. November erreichten die Kommunisten statt der allgemein erwarteten 10–20 % dann nur knapp über 5 % der Stimmen. Felix Hurdes schrieb, in der ÖVP habe man darum gezittert, dass die Kommunisten wenigstens das Grundmandat schafften, weil man fürchtete, die Sowjets würden die Wahlen sonst nicht anerkennen.

Für die KPÖ war das Klientelverhältnis zur Sowjetunion, das ihr den Ruf als »fünfte Besatzungsmacht« eintrug, »Hauptfaktor ihrer Machtposition, Hauptgrund ihrer Isolation«. Die Stellung der Roten Armee war für einen Zulauf von Konjunkturrittern verantwortlich – die Partei zählte bei 174.000 Stimmen bald gut 150.000 Mitglieder –, aber mehr noch für die instinktive Distanz der breiten Massen als lange

7 Rauchensteiner, Sonderfall 73; Feichtinger, Länderkonferenzen 16 (Hurdes), 175 (Grabherr).

8 MRP, Renner II 57 (20.7.1945), 291 (22.8.1945).

9 MRP Renner I 360, 370, 380f. (10.7.1945); vgl. auch Wohnout, Figl 57.

10 Gehler, Vertreter des Westens 32, 47, 57; Wohnout, Figl 125 f.; Feichtinger, Länderkonferenzen.

»wirksame Dauerimpfung gegen den Kommunismus«. Doch die entscheidende Weichenstellung lag vermutlich schon ein Vierteljahrhundert zurück, unmittelbar nach dem Umsturz 1918, als es den Sozialdemokraten gelungen war, die Kommunisten in einem für Kontinentaleuropa völlig ungewöhnlichen Maße zu marginalisieren und auf den Status einer Splitterpartei zu reduzieren. Erst die Weltwirtschaftskrise und die Niederlage der Sozialdemokraten 1934 verschafften der KPÖ einen gewissen Auftrieb.¹¹

Die ÖVP hatte Grund zum Jubel: Sie errang mit 49,7 % der Stimmen die absolute Mehrheit an Mandaten, weil sie als einzige bürgerliche Partei ins Rennen ging – und weil es sich 1945 um eine »Damenwahl« handelte: Weil viele Kriegsgefangene noch nicht wieder daheim waren – und es sich auch bei den vom Wahlrecht ausgeschlossenen NSDAP-Mitgliedern überwiegend um Männer handelte –, machten die Frauen, die traditionell in einem weit höheren Maße als die Männer »schwarz« wählten, fast zwei Drittel der Wähler aus.

Renner zog sich als Bundespräsident in die Hofburg zurück; Leopold Figl setzte als Bundeskanzler trotz absoluter Mehrheit die Konzentrationsregierung fort. Die Kommunisten stellten jetzt nur noch einen Minister, den Energieminister Karl Altmann, der zwei Jahre lang ein Rückzugsgefecht führte, gewürzt mit oft langen, keineswegs uninteressanten Interventionen im Ministerrat. Im Kabinett einigte man sich auf die sogenannte »formula Krauland«, die herangezogen wurde, wenn man sich eben nicht einigen konnte. Der Ministerrat verabschiedete in solchen Fällen die Vorlage ohne Rücksicht auf das Einstimmigkeitsprinzip, das als bloßes Gewohnheitsrecht empfunden wurde, nicht als Verfassungsgrundsatz. Die Dissidenten behielten sich das Recht vor, im Parlament Abänderungsanträge zu stellen, was angesichts der absoluten Mehrheit der ÖVP nicht allzu viel Erfolg versprach, aber den anderen Parteien immerhin erlaubte, das Gesicht zu wahren. Spannend wurde es allenfalls, wenn ÖVP-Minister die »formula Krauland« gegeneinander in Stellung brachten. Der Landwirtschaftsminister kippte so z. B. eine Erhöhung des Einheitswertes der bäuerlichen Betriebe (die höhere Steuervorschreibungen nach sich gezogen hätte).¹²

Die »Wiedervereinigung« Österreichs im Sommer 1945 war durch das 1. Kontrollabkommen besiegelt worden. Die bisher auf den Osten des Landes beschränkte Regierung Renner wurde anerkannt, dafür aber unter Kuratel gestellt. Jede einzelne Besatzungsmacht konnte gegen Beschlüsse der Regierung ihr Veto einlegen. Die Rote Armee hatte mit ihrem – wie es euphemistisch einmal umschrieben wurde – »Beziehungsgeflecht« zur österreichischen Weiblichkeit – den rund 400.000 Vergewaltigungen, die kurioserweise auch im Zeichen von »gender history« und »me too« kaum

¹¹ Mugrauer, Politik der KPÖ 39 f.; Leser, Salz 59.

¹² MRP Figl VI 22, 435 f. (29.7.1947), Figl VII 381 (18.11.1947); Feichtinger, Länderkonferenzen 191 (Hurdes).

viel Interesse in der Frauengeschichte erwecken – zwar viel politisches Porzellan zerbrechen und der »Befreiung« von Anfang an einen schlechten Namen verschafft, sich aber politisch zur allgemeinen Überraschung großer Zurückhaltung befleißigt. Die Amerikaner, die z. B. in ihrer Zone in Oberösterreich anfangs überhaupt keine Parteitätigkeit zuließen, erwiesen sich da vergleichsweise als »control freaks«. ¹³

Die Wahlen führten zu einer gewissen Schubumkehr. Jetzt waren es die Sowjets, deren Schützlinge so enttäuschend abgeschnitten hatten, die auf eine schärfere Kontrolle gesteigerten Wert legten. Umso überraschender war in diesem Zusammenhang ihre Zustimmung zum 2. Kontrollabkommen im Sommer 1946, das möglicherweise bloß auf einem Missverständnis darüber beruhte, was genau unter »Verfassungsgesetzen« zu verstehen sei. ¹⁴ Denn die Besatzungsmächte konnten gegen österreichische Gesetze jetzt nur mehr gemeinsam ihr Veto einlegen. Bloß Verfassungsgesetze mussten von jedem der vier ausdrücklich genehmigt werden. Der politische Spielraum der österreichischen Regierung hatte sich damit beträchtlich erweitert. Freilich: In der Praxis behielt sich jede Besatzungsmacht vor, in ihrer Zone nach Lust und Laune in die Verwaltung einzugreifen, Österreicher zu verhaften oder auf der Absetzung von missliebigen Beamten zu bestehen.

Vor allem in der sowjetischen Zone kam es da immer wieder zu aufsehenerregenden Zwischenfällen. Selbst Landtagsabgeordnete oder hohe Beamte verschwanden im Gulag; der Fall Ottilinger, die Entführung der wichtigsten Mitarbeiterin von Minister Krauland, war da bloß die Spitze des Eisbergs; der spätere burgenländische Landeshauptmann Bögl wurde genauso verhaftet wie der Sicherheitsdirektor von Niederösterreich, Franz Baier. »Wer in Österreich an das Recht glaubt, ist in dieser Beziehung auf dem Holzweg«, bestätigte der Justizminister höchstpersönlich eine naheliegende Vermutung. Wenn jeder vogelfrei ist, hört sich jede politische Tätigkeit auf, auch jede Beamtentätigkeit, resümierte Ferdinand Graf als ÖVP-Staatssekretär im Innenministerium. ¹⁵ Zu den Übergriffen der Militärs kamen die Besatzungskosten für anfangs wohl fast eine Million alliierter Soldaten, Ende 1945 noch für ca. 350.000, ein Jahr später dann »nur« mehr 150–200.000 (zwei Drittel davon Russen, an zweiter Stelle immer noch die Briten). 1946 umfassten diese Besatzungskosten rund ein Viertel der darniederliegenden heimischen Produktion; die Hälfte davon ging an die Sowjetunion. ¹⁶

13 Vgl. die Zahlen bei Rathkolb, *Paradoxe Republik* 411; Stieber (Hg.), *Consolidated Reports* 251; Schuster, *Restauration* 162, 167, 176 ff.; Dohle, *Glaserbach*.

14 Cronin, *Great Power Politics* 37; Bischof, *Leverage of the Weak* 95; Mueller, »Verpasste Chance« 93; Béthouart, *Bataille* 103; Rauchensteiner, *Sonderfall* 137, 148 ff.; Molden, *Vielgeprüftes Österreich* 52.

15 MRP *Figl III* 81 (30.7.1946), 371 (29.10.1946), 451 (12.11.1946); *Figl VII* 46, 49 (16.9.1947); Karner (Hg.), *Ottilinger*; Wagnleitner (Hg.), *Herz* 399 ff., 421 ff., 549 f.

16 Bischof, *Leverage of the Weak* 83; Seidel, *Wirtschaft* 130.

»KEEP THE AMERICANS IN«: DER ÜBERGANG ZUM KALTEN KRIEG

Die Österreicher wollten die Kuratel – und die Besatzung – so bald wie möglich los sein. Das epische Ringen um den Staatsvertrag ist vielfach besungen und analysiert worden. Kaum ein Kapitel der österreichischen Zeitgeschichte ist so gut erforscht worden (erst um die Jahrtausendwende machte ihm die Dokumentation der während der NS-Ära entzogenen Vermögen da Konkurrenz). Dieser Blick zurück ist von einer gewissen Schizophrenie geprägt: Die Sympathien der Österreicher wandten sich überwiegend den Westmächten zu; diese Sympathien wurden ab 1947/48 im Zeichen des Marshallplans auch materiell unterfüttert. Bei den Staatsvertragsverhandlungen erwiesen sich die Westmächte allerdings keineswegs immer als hilfreich (vielfach auch aus guten Gründen). Das Ergebnis, wie es 1955 dann zustande kam, lag in groben Zügen schon 1947 vor. Die österreichische Regierung verschob damals diverse zentrale Vorhaben (wie z. B. die Währungsreform) immer wieder mit dem Hinweis, da warte man besser zuerst den Staatsvertrag ab, der ja demnächst zustande kommen werde. Doch der ließ auf sich warten.

Diese Verzögerung hatte nichts zu tun mit dem Thema, das sich in den letzten Jahrzehnten einer so besonderen Konjunktur erfreut, nämlich der Frage, ob Österreich jetzt als »erstes Opfer« des Nazismus durchgehen konnte oder als Brutstätte von »Tätern«, ob das Land jetzt vom Deutschen Reich 1938 okkupiert oder annektiert worden war. Natürlich: Die Vorstellung, dass Österreich sich einfach »entschlösse in die Reihe der Siegermächte stellen« könnte, klang tatsächlich ein wenig absurd (und Renner legte es auch gar nicht darauf an).¹⁷ Aber in der Wahl der besten juristischen Waffen hatte die Okkupationsthese nun einmal unbestreitbare Vorzüge. Wenn man sich auf diese Sprachregelung einigte, dann brauchte man sich um diverse heikle Dinge – von den Grenzen des Staates bis zu seiner Verfassung – vorerst einmal keine Sorgen zu machen. Die Engländer ließen schon relativ bald durchblicken, warum man sich nicht auf die Formel einigen könnte, man habe zwar mit den Österreichern Krieg geführt, aber nicht mit dem Staate Österreich, der wie Rip Van Winkle die fraglichen sieben Jahre gleichsam im Tiefschlaf überwintert hatte (sicherheitshalber erklärten allerdings auch die Engländer 1947 den Kriegszustand mit Österreich ausdrücklich für beendet).

Allenfalls bot die altösterreichische Geschichte da eine hübsche Parallele für die »Okkupationsthese«: Österreich-Ungarn hatte 1878 Bosnien-Herzegowina im Auftrag der Mächte »okkupiert«, dort aber Steuern ein- und Rekruten ausgehoben, schon lange bevor das Land 1908 formell annektiert wurde. Die Engländer förderten weitere exotische Parallelen zutage, als sie dieselbe Formel jetzt auch auf Albanien und Äthiopien anwandten, die von Italien doch ebenfalls nur okkupiert worden

¹⁷ Csaky (Hg.), *Schöner-Tb.* 237f. (9.5.1945).

sein.¹⁸ Es ging bei dieser Frage eben nicht um quellennahe Geschichtsschreibung (dafür wäre es mangels Archivzugang ohnehin zu früh gewesen!), sondern um diplomatische Sprachregelungen, »nicht um Wahrheit, sondern um praktische Politik«, wie selbst Politologen anmerken, die für derlei Klagen prinzipiell empfänglich waren.¹⁹ Vizekanzler Schärf gab der Okkupationstheorie mit der ebenso schizophoren Formel seinen Segen, man werde diese Lesart zwar aus Staatsräson mittragen, doch für innenpolitische Fragen (wie z. B. das Konkordat) als gegenstandslos betrachten. Den Juristen bereiteten die Winkelzüge und Bocksprünge, die mit dieser Fiktion verbunden waren, immer wieder Schwierigkeiten. Figl hatte prinzipiell durchaus Verständnis dafür, dass sich Richter mit diesen Vorgaben »schwer tun«; er bat sich nur aus: »Zumindest sollen solche Entscheidungen nicht publiziert werden.«²⁰

Man darf davon ausgehen, dass es den Alliierten nicht verborgen geblieben war, dass über eine Million Österreicher in der deutschen Wehrmacht gedient hatten. Aber wenn man Österreich von Deutschland trennen wollte, war es geboten, auf diese Geschichtsklitterung einzugehen – oder sich um derlei Quisquilien gar nicht erst zu kümmern. Ein gewiefter Diplomat legte Alliierten wie Österreichern 1955 dann diese Überlegung mit den Worten ans Herz: Es gebe »nichts Unklügeres, als eine Schuld-Verbundenheit zu kreieren und das gemeinsame Kriegserlebnis – wenn auch in tadelndem Sinne – zu verewigen«.²¹ Bei den Amerikanern rannte er damit schon seit langem offene Türen ein. Sie hielten Österreich natürlich für »a ›German state«, in the broad sense of the term«, aber: »Since, as a matter of national policy, we encourage a separate Austrian nationalism, we cannot be surprised, and should in fact find comfort in the fact that most Austrians deny ever having had anything to do with Germany.«²²

Selbst die Sowjets kamen erst auf die Idee, den alten Paragraphen der Moskauer Erklärung von 1943 über die Mitschuld Österreichs und den Beitrag, den es zu seiner Befreiung geleistet habe, hervorzukramen, als ihnen aus ganz anderen Gründen die Entwicklung nicht mehr behagte. Wenn Gerald Stourzh schreibt, »welche große juristische und politische Relevanz der Mitverantwortungsklausel«²³ zukam, so hat sich hier wohl auch der Altmeister der Staatsvertragsforschung von zeitgeistigen Klischees aufs Glatteis führen lassen – ihre Nützlichkeit als Vorwand, wann immer man eines solchen bedurfte, träfe es wohl besser.

18 Stourzh, *Einheit und Freiheit* 41, 44 f.; Gehler, *Modellfall* 381; Cronin, *Great Power Politics* 55; Bischof, *Leverage of the Weak* 64 f., 186.

19 Pelinka, *Funktionalität von Tabus* 30.

20 MRP Figl XI 190 (20.7.1948).

21 Stourzh, *Einheit und Freiheit* 518 f.

22 Wagnleitner (Hg.), Herz 214 (16.6.1947), 132 (18.3.1947).

23 Stourzh, *Einheit und Freiheit* 72.

Die »Opferthese« war eine Sprachregelung, auf die sich alle einigen konnten, weil sie allen in der einen oder anderen Form zugutekam – in diesem Sinne, wie Ulfried Burz es formuliert hat, »eine diplomatische Meisterleistung«. Ob sie von »den Österreichern« deshalb pauschal verinnerlicht worden ist, steht dahin.

Gewiss: Die Schulbücher der sechziger Jahre ließen die Wahlerfolge der österreichischen NSDAP 1932/33 links – oder rechts – liegen. Nur: Bezog die Erlebnisgeneration ihre Informationen und ihre Einstellung wirklich aus der Schülerlade? Wer nur die offiziellen Verlautbarungen der Besatzungszeit untersucht, wird hier wohl zu anderen Ergebnissen kommen als die Amerikaner, die in ihren Umfragen schon längst ein viel differenzierteres Bild der Einstellungen im Lande zutage förderten.²⁴ Bruno Kreisky stellte sich in seinen Erinnerungen ganz unzweideutig auf den Standpunkt, Österreich sei ein besiegtes, kein befreites Land gewesen. Adolf Schärf erklärte schon viel früher dem Vertreter der BRD, es sei schließlich nicht die Idee seiner Partei gewesen, dass die Deutschen wie die Hunnen über Österreich hergefallen seien.²⁵ Freilich, wer lauthals die Ansicht vertrat, das NS-Regime hätte sich in Österreich zeitweise großer Beliebtheit erfreut, wurde ab den achtziger Jahren dann vielleicht als Aufklärer gefeiert, zuvor jedoch als Apologet Hitlers misstrauisch beäugt.

Nicht die An- und Aufrechnung seiner Vordienstzeiten während des Weltkrieges, sondern die Rolle Österreichs im Kalten Krieg entschieden über das Wohl und Wehe des Staatsvertrages. Die Hoffnung auf das baldige Ende der Besatzung war ein Produkt der Übergangsphase zwischen Kriegsende und Kaltem Krieg. Dass die beiden »Supermächte« früher oder später zueinander in Konkurrenz treten würden, war an sich ja nicht weiter verwunderlich. An entsprechenden Indizien hatte es schon während des Krieges nicht gemangelt. Dazu bedurfte es nicht einmal irgendwelcher weltanschaulicher Zusatzreize. Auffällig war vielleicht schon eher, wie lange es dann tatsächlich brauchte, bis diese Rivalität auf der Tagesordnung von Politikern und Diplomaten ganz nach oben rückte. Die in Bedrohungsszenarien denkenden Militärs – mit George Patton als Vorreiter – waren da berufsbedingt von Anfang an hellhöriger.

Für dieses Intervall zwischen »heißem« und Kaltem Krieg war wohl in erster Linie Stalin verantwortlich, freilich anders als gemeinhin angenommen. Denn Stalin verfolgte 1945/46 ganz offensichtlich »a plan of gradualism and camouflage«,²⁶ eine Strategie, die darauf abzielte, die USA in Sicherheit zu wiegen und ihnen keinen Anlass zu geben, den baldigen Abzug aus Europa, mit dem alle rechneten, zu verzögern. Auch die kommunistischen Parteien im »Westen« hatten sich dieser Strategie unterzuordnen: Die PCI überließ in Italien die Propaganda gegen Monarchie

²⁴ Wagnleitner (Hg.), Herz 330 f.

²⁵ Schärf, Tagebuchnotizen 1955 227 ff.; Gehler, Modellfall 873.

²⁶ Friedman, Fifty-Year War 46.

und Kirche den Sozialisten und den bürgerlichen Republikanern. In Österreich bot sich der kommunistische Parade-Intellektuelle Ernst Fischer in Kulturkampffragen als Vermittler zwischen SPÖ und ÖVP an (und protegierte angeblich die katholischen Privatschulen), während der kommunistische Wiener Stapo-Chef Heinrich Dürmayer von der Kooperation mit den Amerikanern schwärmte. Bloß Tito pochte auf seine Unabhängigkeit und hielt sich nicht an die Vorgaben aus Moskau, sondern provozierte als »Linksabweichler« in Kärnten, in Triest und in Griechenland zur Unzeit die Westmächte.²⁷

Eine konsequent antisowjetische Haltung nahmen hingegen von Anfang an die Briten ein, auch nach der Abwahl Churchills (der sogar mit einem Präventivkrieg gegen die Sowjetunion geliebäugelt hatte, um das nukleare Monopol des Westens rechtzeitig zu nutzen). Vorbereitungen für eine Konfrontation mit den Sowjets waren hier schon lange vor Kriegsende getroffen worden (selbst im Rahmen der Untergrundarbeit gegen das NS-Regime).²⁸ Der entscheidende Part des berühmten Zitats Lord Ismays, der Zweck der NATO habe darin bestanden, »to keep the Soviet Union out, the Americans in, and the Germans down«, lag im zentralen Teil der Aussage: »keep the Americans in«, der anfangs keineswegs so selbstverständlich schien wie es in der Rückschau oft den Anschein hatte. Briten und Deutsche, Sieger und Besiegte, zogen in diesem Punkt an einem Strang, um ihre transatlantischen Protektoren in Realpolitik zu unterweisen. Wie ein Österreicher, der in die USA ausgewandert ist, einmal festgestellt hat: Es war nicht immer ganz klar, wer hier »umerzogen« wurde. Erst um die Jahreswende 1946/47 war es soweit: Der Sinneswandel in Washington kündigte sich mit der Stuttgarter Rede von Außenminister Byrnes im September 1946 an und wurde mit der Truman-Doktrin des »Containment« im März 1947 endgültig festgeschrieben (wohlgermerkt als Reaktion auf den Sündenfall Titos, der schon im nächsten Jahr zu einem geheimen Verbündeten des Westens avancierte).²⁹

Im Frühjahr 1947 zerschlugen sich damit freilich auch die österreichischen Hoffnungen auf einen schnellen Abschluss des Staatsvertrages, in einem Aufwaschen mit den Friedensverträgen, wie sie damals mit Italien, Ungarn und Rumänien unterzeichnet wurden. Freilich: Es war nicht das sowjetische »Njet«, es waren die Österreicher selbst, die damals vor einem Abschluss zurückscheuten, weil ihnen die sowjetischen Forderungen zu weit gingen. Außenminister Gruber prägte im Zusammenhang damit später das Wort, man wolle kein zweites »Berchtesgaden«, in Anspielung auf Schuschniggs Eingehen auf Hitlers Forderungen 1938. Den Sowjets

27 Wildner-Tb. 20.9.1945; Wagnleitner (Hg.), Herz 52 (8.10.1945) 67. 70 (9.12.1945); Rathkolb (Hg.), Gesellschaft und Politik 160, auch 23, 105; Gruber, Meine Partei 57 f.; Friedman, Fifty-Year War 13, 69, 91; Carafano, 68; Bischof, Leverage of the Weak 44–51.

28 Rosenberg, Churchill 184–7; Pirker, Subversion; Stieber, Besatzungsmacht 48.

29 Wagnleitner (Hg.), Herz 130 (18.3.1947); Gehler, Modellfall 798; Tweraser, Säuberungspolitik 373.

war nämlich auf der Potsdamer Konferenz in einem Anfall von Leichtsinn die Verfügung über das »deutsche Eigentum« in ihrer Besatzungszone übertragen worden.³⁰ Darunter befand sich ein Großteil der Industrie im Osten Österreichs, der sich zum Staat im Staate entwickeln konnte. Diese unter sowjetischer Verwaltung stehenden sogenannten USIA-Betriebe – mit bis zu 55.000 Beschäftigten – zahlten keine Steuern, unterhielten dafür aber einen bewaffneten Werksschutz, z.B. im Erdölrevier von Zistersdorf. Schon im September 1945 waren die Österreicher gewarnt worden, wenn sie der von den Sowjets geplanten gemeinsamen Erdölgesellschaft zustimmten, würden die Westmächte die Regierung Renner nicht anerkennen.³¹

Gruber erklärte nach der Moskauer Konferenz im Frühjahr 1947: »Die Amerikaner waren die einzigen, die uns voll und ganz unterstützt haben« (obwohl oder gerade weil sie von einem Vertrag unter diesen Bedingungen abgeraten hatten).³² Gruber galt nicht ganz zu Unrecht als Mann der Amerikaner. Dabei war dieses Verhältnis nicht ohne Spannungen. Selbst Gruber schwankte zuweilen, ob man nicht doch die von Moskau geforderten Bedingungen auf sich nehmen sollte, von nahezu exterritorialen sowjetischen Firmenkomplexen bis zu hohen Ablösezahlungen, um den Staatsvertrag jetzt schon unter Dach und Fach zu bringen. Hier machte sich bemerkbar, was Kreisky im Rückblick als das klassische Macchiavelli'sche »Näherungs-Paradoxon« identifiziert hat: Gerade weil man prinzipiell auf derselben Wellenlänge funkte, nahm man jede Abweichung doppelt übel. Während die Amerikaner ihn bei aller Sympathie immer wieder als unsicheren Kantonisten einstufte, klagte Gruber seinerseits, die Amerikaner »sollten gefälligst einmal sagen, was sie eigentlich wollen, damit wir wissen, worauf wir rechnen können«.³³

DER »GEHEIME VERBÜNDETE« DES WESTENS

Inzwischen war auch für Stalin die Politik der leisen Pfoten am Ende ihrer Nützlichkeit angelangt. An den Ostgrenzen Österreichs begann der »Eiserne Vorhang« niederzugehen: Im Mai 1947 kippte die ungarische Regierung in Richtung »Volksdemokratie«, in denselben Tagen, noch vor der Ernte, versuchten kommunistische Demonstranten unter der Parole »Weg mit der Hungerregierung« in Wien das Bundeskanzleramt zu stürmen.³⁴ Kurz darauf, im Juni 1947, erfolgte der Startschuss zum

30 Gehler (Hg.), Gruber Dokumente 376; Bollmus, Kalkuliertes Risiko 111 ff.

31 Stourzh, Einheit und Freiheit 91; Cronin, Great Power Politics 29; Bischof, Leverage of the Weak 40; Iber Mineralölverwaltung 59; Sandgruber, Ökonomie 456.

32 KvVI, Klub 6.4.1947, vgl. auch Clark, Calculated Risk 490 ff.

33 Wildner-Tb. 12. & 26.4.1947, 20.4.1948; Stourzh, Einheit und Freiheit 598, 603; Leidenfrost, Wiederbeginn 769 f.

34 Wildner-Tb. 5.5.1947; Cronin, Great Power Politics 50; Mueller, 190.

Marshallplan, dem »European Recovery Programm« (ERP). In Prag erklärten sich selbst die Kommunisten für den Marshallplan und traten dann erst auf Weisung Moskaus den Rückzug an. In Wien wurde der einsame kommunistische Minister Altmann zunächst ausmanövriert, dann im November 1947 doch zum Rücktritt veranlasst. Auch gegen die kommunistische Dominanz in der Wiener Polizei ging Innenminister Helmer jetzt radikal vor. Er setzte den legendären »Joschi« Holaubek als Polizeipräsidenten ein, Stapo-Chef Dürmayer wurde nach Salzburg versetzt (und ließ vorher alle brisanten Akten verschwinden); nur in der Wirtschaftspolizei verblieb ein »harter Kern« von »roten Socken«, bis deren Chef dann 1955 in die DDR übersiedelte.³⁵

In Ungarn hatten die Kommunisten den Begriff »Salami-Taktik« geprägt und ihre Gegner schrittweise ausgebootet; in der Tschechoslowakei setzten sie auf einen Paukenschlag, als sie im »glorreichen Februar« 1948 die Macht an sich rissen. Umso schärfer war diesmal auch die Reaktion im Westen. Auf den Marshallplan folgte im März 1948 der Brüsseler Westeuropäische Verteidigungspakt, im Jahr darauf zur NATO erweitert. Gruber kommentierte das Geschehen: »Wir können nur dann bestehen, wenn wir uns klar von den Russen distanzieren. [...] An dem Sieg der Kräfte, die sich jetzt im Westen formieren, ist nicht zu zweifeln«; einige Monate später schwärmte er bereits von einem Bündnis mit einheitlicher Bewaffnung (und Sprache!), »von Alaska bis Griechenland«. »Der tschechische Putsch hat ungeahnte Wirkungen im Westen gehabt: [...] Zehntausende Bomber stehen bereit.«³⁶

Blitze hier vielleicht das Vertrauen auf, der »rollback«, der auf das »containment« folgen sollte, würde alle österreichischen Konzessionen an die Sowjets hinfällig machen?

Die Teilnahme an einem westlichen Militärbündnis schloss Gruber jedenfalls keineswegs aus (nur die Briten waren da skeptisch, was den Nutzen einer österreichischen Beteiligung betraf). Staatssekretär Graf ließ im Jahr darauf in einem Interview mit einer Schweizer Zeitung die Katze aus dem Sack: Österreich werde nach dem Staatsvertrag den Anschluss an den Atlantikpakt suchen, der ja eine Parallelerscheinung des Marshallplans sei.³⁷ Die Kehrseite der Medaille war die Kriegsgefahr, die 1947/48 immer wieder beschworen wurde, nicht zuletzt im Zeichen der Berlin-Blockade.

Selbst wenn kein Krieg ausbrach, so stand doch immerhin die Gefahr einer Verfestigung der Zonengrenzen im Raum. Nicht ganz zufällig sprach sich John Foster Dulles – als Republikaner im Sinne einer überparteilichen Außenpolitik damals schon vom Demokraten Truman als Berater kooptiert – gegen ein Anschlussverbot

35 Svoboda, Helmer 74 ff., 94, 138, 190; Portisch, Österreich II 314.

36 KvVI, Klub 3.3.1948; Wildner-Tb. 7.8.1948; MRP Figl XII 195 f. (19.10.1948).

37 Stourzh, Einheit und Freiheit 269; Cronin, Great Power Politics 62; Bischof, »Prag« 322.

im Staatsvertragsentwurf aus: Wer weiß, vielleicht müsse man die westlichen Zonen Deutschlands und Österreichs doch eines (un)schönen Tages zusammenfassen?³⁸ Diese Perspektive war im Nachhinein natürlich Anathema. Es gehört zu den besser gehüteten Geheimnissen, ob und wie sehr man gerade im Westen Österreichs nicht doch mit der Eventualität einer Teilung rechnete – und sich darauf vorbereitete. Gerade die Sozialisten vermerkten dazu in den kritischen Jahren so manche sorgenvolle Bemerkung Raabs, der über die Stimmung seiner Parteifreunde Bescheid wusste. Auch die Amerikaner notierten so manche Äußerung, die in diesem Zusammenhang in Innsbruck oder Salzburg gefallen war.³⁹

Der »Fall« der Tschechoslowakei 1948 führte auf alle Fälle zu einer eindeutigen West-Orientierung der österreichischen Politik – und zu einer Solidarisierung der Großen Koalition im antikommunistischen Sinne. Oliver Rathkolb ist hier vollkommen Recht zu geben, wenn er gegenüber dem viel strapazierten »Mythos der Lagerstraße« hervorstreicht, es sei vielmehr der Antikommunismus »eine verdrängte Komponente der österreichischen Identität«⁴⁰ (wer immer ihn seither auch verdrängt hat?). Der lebendige Stalin war ein gefährlicherer Gegner als der tote Hitler. Alfred Migsch, der Nachfolger Altmanns als Energieminister, brachte es auf dem SPÖ-Parteitag 1949 auf den Punkt: »In den nächsten zwei Jahrzehnten ist in unserem Gebiet ein KZ hitlerischer Art nicht möglich, wohl aber ein KZ volksdemokratischer Art.«⁴¹ Im Kabinett schlug Helmer bereits vor, jeden persönlichen Kontakt mit den Sowjets abubrechen. Auch Figl solle mit dem russischen Hochkommissar Scheltow am besten nur mehr schriftlich verkehren.⁴²

Im Frühjahr 1947 hatte Raab noch der »Figl-Fischerei«, dem berühmt-berüchtigten Treffen mit Ernst Fischer von der KPÖ zugestimmt, um auszuloten oder sich zumindest anzuhören, ob die sowjetische Haltung durch innenpolitische Rochaden in einem für Österreich günstigen Sinne zu beeinflussen sei.⁴³ Nach dem Umsturz in Prag ging die Marschrichtung eindeutig in die Gegenrichtung. Zwar hatte gerade Figl aus dem Prager Umsturz in einer ersten Reaktion noch die Lehre gezogen, dass »die Sozialisten in letzter Linie doch eher mit den Kommunisten gingen«, doch die meisten seiner Parteifreunde sahen es anders. In Prag habe der linke Flügel der Sozialisten die Oberhand behalten, in Österreich würde »das Ausscheiden der Sozialisten aus der

38 Stourzh, *Einheit und Freiheit* 103, 132; Mosley, Dulles 190 ff.

39 Rauchensteiner, *Sonderfall* 235 ff., 258; Wagnleitner (Hg.), *Herz* 354 f., 438; Rathkolb (Hg.), *Gesellschaft und Politik* 134; Schärf, *Erneuerung* 167 ff.

40 Rathkolb, *Paradoxe Republik* 33; dazu auch Bailer, *WiderstandskämpferInnen* 289, ja selbst Bock, *Österreich zuliebe* 60.

41 SPÖ-Parteitag 1949 75.

42 MRP Figl XI 184 (20.7.1948).

43 KvVI, Klub 9.5. & 10.6.1947; Kunz (Hg.), *Erinnerungen II* 78 (Gruber); Gruber, *Meine Partei* 115; Leidenfrost, *Wiederbeginn* 793 ff.

Regierung den Sieg ihres linken Flügels bedeuten«. Raab gab daher die Devise aus: Es ist »ein Gebot der Stunde, mit den Sozialisten enger zusammen zu arbeiten«.⁴⁴

Die Amerikaner sahen es genauso: Deshalb bestanden sie bis zum Ende der Besatzungszeit auf der Fortführung der Großen Koalition. Unter den amerikanischen Besatzungsbehörden kristallisierte sich eine Art informeller Arbeitsteilung heraus: Die Militärs ließen sich von Figl auf ein Glas einladen (oder auch mehrere), die Diplomaten parlierten mit Schärf, der ja auch geläufig Englisch sprach.⁴⁵ Vertreter des New Deal vom linken Flügel der Demokraten lagen vielfach auf gleicher Wellenlänge wie der rechte Flügel der SPÖ. Selbst der CIA kam zu dem Schluss, die Sozialisten seien die Einzigen in Europa, die jenseits rhetorischer Ergüsse wirklich etwas gegen die Kommunisten tun. Die ÖVP mit ihrem katholisch-bäuerlichen, patriotisch-provinziellen Habitus tat sich da oft viel schwerer, mit den Amerikanern einen direkten Draht herzustellen; sie nahm sich zwar vor, im Gegenzug das Verhältnis zu den Republikanern zu kultivieren, doch über die Heirat von Grubers Sekretär Fritz Molden mit Allen Dulles' Tochter Joan kamen diese Bemühungen nicht recht hinaus.⁴⁶

Auf jeden Fall erwies sich das Vertrauen auf den Sieg »der Kräfte, die sich jetzt im Westen formieren« als voreilig. 1949 war zwar das Gründungsjahr der NATO, doch insgesamt stand das Jahr im Zeichen spektakulärer kommunistischer Erfolge: Das (anglo-)amerikanische Monopol von Atomwaffen ging verloren, sobald im August die erste russische »Bombe« gezündet wurde. Zur selben Zeit holte Mao Tse-tung – ohne Stalin um Rat zu fragen – zum entscheidenden Schlag aus, der amerikanische Verbündete Chiang Kai-shek musste sich nach Taiwan zurückziehen. Die Herausforderung im Pazifik traf den Nerv selbst überzeugter »Isolationisten«. Der »Verlust« Chinas gab der antikommunistischen Haltung in den USA vermutlich weit größeren Auftrieb als die Scharmützel in Mazedonien oder die Regierungskrise in Prag, noch bevor der Ferne Osten mit dem Ausbruch des Koreakriegs im Juni 1950 endgültig die Schlagzeilen beherrschte.

Die Österreicher beschlichen angesichts der Weltlage langsam Zweifel, ob sie 1947/48 nicht vielleicht doch auf das sowjetische Offert hätten eingehen sollen (ein Stolperstein: Die jugoslawischen Gebietsforderungen waren durch den Bruch zwischen Tito und Stalin inzwischen ja aus dem Weg geräumt worden). Hier machte sich ein interner Zwiespalt bemerkbar, auf österreichischer wie auf amerikanischer Seite: Wo das State Department einen Vertragsabschluss befürwortete, traten die Militärs vehement gegen eine Räumung Österreichs ein. Gruber, der sich im Sommer – immerhin war Wahlkampf – schon als Architekt des Staatsvertrages feiern

44 KvVI, Klub 2.3.1948; Wagnleitner (Hg.), Herz 332 (19.2.1948), 342 (3.3.1948).

45 Wildner-Tb. 29.5., 3.6.1946;

46 Rauchensteiner, Sonderfall 286, 303; Rathkolb, Paradoxe Republik 178; Friedman, Fifty-Year War 59; Gruber, Meine Partei 152; Mosley, Dulles 210; Molden, Vielgeprüftes Österreich 78.

ließ, sah sich veranlasst, Außenminister Dean Acheson deshalb im September einen groben Brief zu schreiben. Renner hingegen warnte, der Abschluss eines Vertrages zu den gegebenen Bedingungen müsste zum »nationalen Trauertag« erhoben werden. Aber vielleicht würden die USA die Kosten übernehmen (oder zumindest vor-schießen), um die russischen Ansprüche abzulösen und Österreich quasi freizukaufen? Schließlich, so argumentierte Schärf, hätten sie den Österreichern das Problem durch ihre »Fehler« in Potsdam ja auch eingebrockt.⁴⁷

Das amerikanische Patt wurde durch ein Machtwort Präsident Trumans am 26. Oktober 1949 zugunsten der Diplomaten entschieden. Doch vielleicht hatten die Westmächte – und die Österreicher – zu lange gewartet? Denn jetzt begannen plötzlich die Sowjets nach Vorwänden zu suchen, um die Sache in die Länge zu ziehen. Man zog auf russischer Seite die sogenannten »Erbsenschulden« hervor (die Kosten der Ausspeisungen 1945), begann wieder über die mangelnde Entnazifizierung zu klagen (während man die »Nationale Liga« des Obersturmführers Adolf Slavik hochpöppelte, die »sich in der Nazifrage eine Sprache leisten kann, die jeden anderen sofort in ein russisches Gefängnis bringen würde«⁴⁸), oder warf den Amerikanern ihr Doppelspiel in Triest vor (das sie als neutrale Zone längst hätten räumen sollen). Über die Motive Stalins lässt sich da nur spekulieren. Das Resultat war jedenfalls eine »Eiszeit«, eine Pause in den Staatsvertragsverhandlungen für die nächsten drei Jahre – aber auch die Chance, die Schuld dafür ganz eindeutig auf die Russen zu schieben, ohne die Bedenken und Blockaden auf westlicher Seite allzu sehr in den Vordergrund rücken zu müssen.⁴⁹

In Österreich sorgte Ende September/Anfang Oktober 1950 der mit diversen handgreiflichen Begleitaktionen versehene, von den Kommunisten ausgerufene Streik gegen das 4. Lohn- und Preisabkommen für Furore. Österreich stand vor einer inflationären Entwicklung, ausgelöst nicht zuletzt durch den Koreakrieg, der für einen Preisanstieg sorgte und für einen Abbau der amerikanischen Hilfslieferungen. Der Streik erfasste auf seinem Höhepunkt fast 200.000 Arbeiter; er war in der amerikanischen Zone, in Linz oder Kaprun, auch von rechts, von den oppositionellen VdU-Anhängern mitgetragen, im Osten gerade in den USIA-Betrieben bald abgesagt worden. Kurioserweise legten die Kommunisten nach der ersten Welle von Protesten am 26./27. September mit einer Betriebsrätekonferenz in Floridsdorf eine Pause ein, vielleicht auch, weil die Sowjets von der Aktion nicht rückhaltlos begeistert waren. Dort soll ein Teil der KPÖ-Führung bereits für den Abbruch plädiert haben, doch setzten sich noch einmal die »Hardliner« durch.

47 Bollmus, *Kalkuliertes Risiko* 111, 120; Stourzh, *Einheit und Freiheit* 163 ff.; Gehler, *Modellfall* 82; Cronin, *Great Power Politics* 81 ff.; Bischof, *Leverage of the Weak* 116 ff.; Schärf, *Erneuerung* 210.

48 KvVI, Klub 9.5.1950 (Ferdinand Graf).

49 Müller, »verpasste Chance« 103 ff.

Doch die zweite Welle der Aktion stieß Anfang Oktober bereits auf organisierten Widerstand. Franz Olah, der sozialistische Obmann der Bauarbeitergewerkschaft, seit einiger Zeit mit den Amerikanern in Verbindung, organisierte eine Gegenbewegung. Berühmt wurde ein Zusammenstoß in der Favoritner Straßenbahn-Remise. Die sowjetischen Besatzer nahmen sich nur punktuell ihrer Schützlinge an, vor allem in Wiener Neustadt: Aber selbst Innenminister Helmer – als Symbolfigur des anti-kommunistischen Widerstandes – urteilte im Ministerrat, bei einer ernsthaften Intervention hätten die Russen den Bahnhof besetzt, nicht das Postamt. Der englische Hochkommissar Sir Harold Caccia lobte die Zurückhaltung der Amerikaner, die keiner Eskalation Vorschub leisten wollten, und beruhigte seine Regierung: Es sei in den letzten Tagen keineswegs um den Ernstfall gegangen: »not the real D-day«. ⁵⁰

Der Streik war kein Putschversuch, wie oft behauptet, aus einem einfachen Grund – gegen wen auch? Die eigentliche Macht lag ohnehin bei den Alliierten. Aber er passte haargenau in das Szenarium, das die Amerikaner seit langem ängstigte. Was hätte in einem solchen Fall passieren können, wenn die Alliierten inzwischen abgezogen wären? Bei der mangelhaften Ausrüstung der Wiener Polizei würden sogar die kaum 1000 Mann des USIA-Werkschutzes – der angeblich unter dem Kommando eines kampferprobten Sturmbannführers stand – für einen Staatsstreik reichen. Als Ergebnis wurde die »Wiederaufrüstung« Österreichs, die im Prinzip schon nach dem Umsturz in der Tschechoslowakei beschlossen worden war, jetzt tatsächlich in Angriff genommen. Bereits am 3. Oktober – noch während der Streiktage – hatte Figl von 15.000 Mann gesprochen, die aufgestellt werden sollten, als »Gendarmerieschulen« mehr schlecht als recht getarnt, ohne jede gesetzliche Basis, wie Innenminister Helmer zugab. ⁵¹

Die Amerikaner stellten die Mittel zur Verfügung – und konnten sich eines gewissen Misstrauens zuweilen nicht erwehren, was die Österreicher mit dem Geld so alles angefangen hätten. Helmer erklärte einem amerikanischen General da schon einmal treuherzig, man dürfe die österreichische Verwaltung doch nicht mit Griechenland vergleichen. ⁵² Sobald Briten und Franzosen dann 1953 einen sehr weitgehenden Teilabzug in Szene setzten, gewann dieses embryonale Bundesheer, die sogenannte »B-Gendarmerie«, als Lückenbüßer an Bedeutung. Bis 1955 wurden immerhin fast 7000 Mann ausgebildet und kaserniert. Die Amerikaner ließen die Österreicher wissen: Der Abzug der Besatzer sei »erst möglich, wenn eine feldbrauchbare öster-

⁵⁰ Stourzh, Einheit und Freiheit 196; Rauchensteiner, Sonderfall 288 ff.; Lewis, Workers and Politics 178, 181; Helmer, 50 Jahre 293 ff.; Portisch, Österreich II 417–436; Mugrauer, Politik der KPÖ 47; Gruber, Meine Partei 107; Vonwald, Steinböck 211 ff.; Gruber, Massenstreik.

⁵¹ Wagnleitner (Hg.), Herz 381 (27.4.1948); Rathkollb, Besatzung zur Neutralität 382 f.; Svoboda, Helmer 122.

⁵² KA, Nl. Liebitzky 126, Besprechung Helmers mit General Arnold, 29.7.1953.